



STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2017/0378
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 6
Bienen schützen - Masterplan für Biodiversität		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderrat	27.06.2017	18	X	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung begrüßt den im Antrag deutlich zu erkennenden Fokus auf die biologische Vielfalt im Allgemeinen, und dass es nicht vorrangig um Honigbienen, sondern vor allem auch um Wildbienen und alle anderen Insekten geht.

Keinesfalls möchte die Stadtverwaltung die gegenwärtig übersteigerte Fixierung auf die Haltung von Honigbienen unterstützen. Tatsächlich stehen Honigbienen häufig mit Wildbienen und anderen Insekten in Konkurrenz um die begrenzten Nahrungsquellen.

Die weiteren Anregungen zur Steigerung des Bewusstseins für mehr biologische Vielfalt in der Bevölkerung und zu Maßnahmen, die der Artenvielfalt zu Gute kommen, werden von der Verwaltung aufgegriffen und - soweit möglich - umgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)				Kontenart:		
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)						
Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Handlungsfeld: (bitte auswählen)	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Die Stadtverwaltung begrüßt den im Antrag deutlich zu erkennenden Fokus auf die biologische Vielfalt im Allgemeinen, und dass es nicht vorrangig um Honigbienen, sondern vor allem auch um Wildbienen und alle anderen Insekten geht.

Keinesfalls möchte die Stadtverwaltung die gegenwärtig übersteigerte Fixierung auf die Haltung von Honigbienen unterstützen. Mittlerweile entwickelt sich die Hobby-Imkerei zu einem Lifestyle-Element, durch das negative Auswirkungen auf die natürliche Artenvielfalt befürchtet werden müssen. So wird die Stadtverwaltung immer wieder mit der Forderung konfrontiert, auf Flächen in der Stadt und selbst in der freien Landschaft Trachten für die Bienen auszubringen, die nicht landschaftstypisch, ja oft nicht einmal einheimisch sind, nur weil sie eine gute Nahrungsquelle für die Honigbiene darstellen. Tatsächlich stehen Honigbienen häufig in Konkurrenz mit Wildbienen und anderen Insekten um die begrenzten Nahrungsquellen.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Stadtverwaltung zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung:

1. Die Stadtverwaltung bündelt und erweitert die bisherigen Maßnahmen des Naturschutzes zu einem Masterplan für Bienenschutz und Biodiversität.

Ein Masterplan für Biodiversität wäre sinnvoll, um das Vorgehen weiter zu systematisieren, um einen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten der Stadt und privater Verbände und Initiativen zu erhalten, sie aufeinander abzustimmen und Lücken zu erkennen.

Wenn die städtischen Umweltaktivitäten von Externen beurteilt wurden, zum Beispiel bei Wettbewerben wie der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden, war es bislang immer ein Manko, dass das Thema Biodiversität in Einzelaspekten und nicht als Gesamtstrategie dargestellt werden konnte.

Bei der Erarbeitung eines Masterplans für Biodiversität handelt es sich allerdings um ein sehr umfangreiches Projekt, das nicht neben den laufenden Aufgaben bewältigt werden kann.

2. Folgende Ideen/Vorschläge sollen dabei u. a. geprüft werden:

- **Wettbewerbe der Stadt wie der Blumenschmuckwettbewerb, der Hinterhofwettbewerb sowie Schulgärten verstärkt auf bienenfreundliche Bepflanzung begutachten und bewerten**
- **Verleihung einer Urkunde und eines Bienensiegel (Plakette) für Privat- und Kleingärten, für Schulhöfe und Außenanlagen von Kindertagesstätten für besonders bienenfreundliche Bepflanzung und dazu Saatentütchen ausgeben**
- **Stärkere Konzentration der kommunalen Umweltbildung an Schulen auf die globalen Zusammenhänge der Bedrohung der Artenvielfalt, deren Ursachen, Auswirkungen und notwendige Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität**
- **Förderung der Bienenhaltung in Privatgärten, Dächern und öffentlichen Anlagen.**

Grundsätzlich kann die Verwaltung den Vorschlägen folgen. Eine allzu starke Ausrichtung der Aktivitäten auf Honigbienen sollte jedoch im Sinne obiger Äußerungen vermieden werden.

Für den Blumenschmuck- und Hinterhofwettbewerb können zusätzliche Kriterien erarbeitet werden, die eine insektenfreundliche Bepflanzung berücksichtigen. Für Schulgärten sollten vor allem aus pädagogischen Gründen abweichende Maßstäbe angelegt werden (siehe unten). Eine spezielle Anerkennung und Auszeichnung für biologische Vielfalt ist denkbar. Dabei sollte jedoch von einer Fixierung speziell auf Bienen abgesehen werden. Das Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt erarbeitet zurzeit ein Label für vielfältige und artenreiche Grünflächen. Es

soll im Frühjahr 2018 vorgestellt werden und kann dann auch als Basis für örtliche Auszeichnungen dienen. Bereits heute erfolgt eine Beratung zur Förderung der biologischen Vielfalt durch das Gartenbauamt. Spezielle Saatmischungen aus heimischem Saatgut werden von dort ebenfalls bereitgestellt. Standardisierte Saattütchen, sozusagen für alle Lagen, sind unbedingt zu vermeiden. Wichtig ist, gerade in den Schulen die differenzierte Betrachtungsweise zu fördern. Eine Auszeichnung, zumindest von Schulen, könnte auch im Rahmen der Grünen Pyramide erfolgen.

Eine stärkere Ausrichtung der kommunalen Umweltbildung auf die Bedeutung der biologischen Vielfalt wird auch von Seiten der Verwaltung sehr begrüßt. Ansätze und Programme dafür gibt es bereits (zum Beispiel Umweltthemen im Unterricht, Schüler erleben Naturschutz), diese können - entsprechende Ressourcen vorausgesetzt - ausgeweitet und intensiviert werden.

Die weitere Zunahme privater Bienenhaltung kann - wie bereits eingangs erwähnt - nicht uneingeschränkt befürwortet werden. Hier müssen frühzeitig die Grenzen aufgezeigt werden, die nicht primär von der Zahl der Dächer bestimmt wird, sondern von den begrenzten innerstädtischen Trachten und der Konkurrenz zu anderen Insekten, insbesondere zu den Wildbienen.

3. Auf den öffentlichen Flächen der Stadt – Parkanlagen, Stadtgarten, Randstreifen von Verkehrsflächen, u. a. – werden Blüten-Wiesen und -Inseln mit einheimischem Saatgut als Bienenweiden deutlich ausgeweitet und zusätzlich eingerichtet. Die Mahd von Grünflächen wird schrittweise noch weiter reduziert und das Mähgut wird nach der Mahd abgefahren.

So wünschenswert, wie eine weitere Ausweitung der zweischürigen Wiesen aus ökologischen Gründen wäre, kann die heute schon vorbildliche Praxis der differenzierten Wiesenpflege in Karlsruhe nur mit einem beachtlichen finanziellen Mehraufwand ausgeweitet werden. Insbesondere das unbedingt erforderliche Abräumen des Mähgutes stellt gerade auf kleinen Flächen einen wesentlichen Kostenfaktor dar.

4. An fließenden und stehenden Gewässern werden verstärkt Blühstreifen von einheimischen Saaten in Form von mehrjährigen nektar- und pollenspendenden Trachtflächen für Insekten eingerichtet.

Bereits heute werden regelmäßig ausgewählte Wiesenstandorte durch Nachsaaten mit autochthonem Saatgut als Trachtflächen verbessert. Diese Praxis kann zukünftig auch gezielt auf gewässernahe Standorte ausgeweitet werden.

5. Es wird angestrebt, den Einsatz von hochgiftigen Pestiziden in der Landwirtschaft auf der Gemarkung von Karlsruhe zu überwinden. Dazu wird ein Runder Tisch mit den Haupt- und Nebenerwerbs-Landwirten eingerichtet, um einen Verzicht auf hochgiftige Pestizide wie Neonicotinoide sowie Glyphosat zu erreichen. Die bienen- und vogelfreundliche landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung wird unterstützt. Kooperationen von BürgerInnen und Schulen mit Biobauernhöfen werden initiiert.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die intensive Landwirtschaft als eine Hauptursache für den Insektenrückgang gilt. Daher wird dieser Vorschlag begrüßt. Die Verwaltung wird prüfen, auf welchem Wege sich gemeinsam mit der örtlichen Landwirtschaft Verbesserungen erreichen lassen.